

2/SNB-234/ME



REPUBLIK ÖSTERREICH
BUNDESKANZLERAMT

A-1014 Wien, Ballhausplatz 2
Tel. (0222) 531 15/0
Fernschreib-Nr. 1370-900
DVR: 0000019

GZ 141.190/7-I/11/92

An den
Herrn Präsidenten
des Nationalrates

Parlamentsgebäude Wien
Dr. Karl Renner-Ring 3
1010 W i e n

141-190/7-I/11/92
Datum: 30.11.1992
1. Dez. 1992

Dringend

L. Hajer

Sachbearbeiter

Klappe/Dw

Ihre GZ/vom

Betrifft: Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Gewerbliche Sozialversicherungsgesetz geändert wird (19. Novelle zum GSVG);
Einleitung des Begutachtungsverfahrens

Im Sinne der Entschliebung des Nationalrates betr. die Begutachtung der an die vorberatenden Körperschaften und Zentralstellen versendeten Gesetzesentwürfe, beehrt sich die Frauenministerin, die Stellungnahme zu dem vom BMAS erstellten und mit Note vom 5. November 1992 Zl. 20.622/2-2/92 zur Begutachtung versendeten Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Gewerbliche Sozialversicherungsgesetz geändert wird (19. Novelle zum GSVG) in 25facher Ausfertigung zu übermitteln.

Beilagen

25 Kopien

26. November 1992
Für die Bundesministerin
für Frauenangelegenheiten:
ACHTSNIT

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung:

[Signature]



REPUBLIK ÖSTERREICH
BUNDESKANZLERAMT

A-1014 Wien, Ballhausplatz 2
Tel. (0222) 531 15/0
Telex 1370-900 Telefax 535 0338
DVR: 0000019

GZ 141.190/7-I/11/92

An das
Bundesministerium
für Arbeit und Soziales

Stubenring 1
1010 W i e n

Sachbearbeiter

Klappe/Dw

Ihre GZ/vom

Betrifft: Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Gewerbliche
Sozialversicherungsgesetz geändert wird (19. Novelle
zum GSVG);
Einleitung der Begutachtung

Die Frauenministerin nimmt unter Hinweis auf ihre mit
Zl. 141.190/3 ergangene Begutachtung des Entwurfes der
51. ASVG-Novelle (Ablichtung liegt bei) zur gegenständlichen
Vorlage wie folgt Stellung:

Die für den Bereich des ASVG genannten grundsätzlichen
Anregungen und Kritikpunkte, ausgenommen jene zu Gleit-
pensionen, Steigerungsbeträgen sowie Berufsschutz für unge-
lernte Arbeitnehmer/inn/en gelten für das GSVG sinngemäß. Aus-
drücklich wird angemerkt, daß es auch für nach dem GSVG ver-
sicherte Frauen schwierig sein wird, die notwendigen Versiche-
rungsjahre anzusammeln, um in den Genuß der vom Entwurf ange-
strebten Verbesserungen zu kommen.

25 Ablichtungen dieser Stellungnahme wurden dem Nationalrat
übermittelt.

26. November 1992
Für die Bundesministerin
für Frauenangelegenheiten:
ACHTSNIT

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung: